

handelt werden, dann den Eltern oder Pflegern genommen werden, weichen sie der Zwangsverziehung überwiegen und hier verbindet sich das vermaledeute Pfaffenamt mit der Ausbeutung, um diese zarten Menschenpflanzen von vornherein der weiteren Verrohung in die Arme zu liefern. (Sehr wahr!) Dazu kommt, daß man diese Kinder von vornherein nicht betrachtet als Kinder, die eine liebevolle Pflege notwendig haben, sondern als Kinder, die ihrer Veranlagung und Erziehung nach Verbrecher sind, die man mit möglichster Strenge und Härte erziehen muß. (Sehr richtig!) Wenn diese Kinder dann später ins Leben hinaustreten, dann sind sie nicht nur mit dem Makel behaftet, daß sie der Zwangsverziehung überwiegen waren, daß sie so und so lange unter Polizeiaufsicht standen, sondern die Erziehung ist auch so, daß sie sehr oft auf die Bahn des Verbrechens gedrängt werden. (Sehr wahr!) Aus diesem Grunde empfehlen wir Ihnen, unserer Resolution zuzustimmen und in ihrem Sinne zu wirken. Wir alle sind überzeugt, daß durch eine gute Erziehung, wie wir sie fordern, der junge Menschengestalt geformt werden kann. (Sehr richtig!) Wenn wir aber von dieser Ueberzeugung durchdrungen und wenn wir empört sind über die Behandlung, die den Kindern zuteil wird, dann müssen wir aber auch im Sinne der Resolution wirken. Die Kinder müssen so erzogen werden, daß man die heranwachsenden Menschen in ihnen achtet, und daß sie brauchbare Mitglieder der Gesellschaft werden. (Lebhafter Beifall.)

Krausemann - Neuruppin: Wenn wir die Ausbeutung der der Fürsorgeerziehung überlieferten Kinder auf dem Lande betrachten, so müssen wir die Resolution unbedingt annehmen. Um dem ländlichen Arbeitermangel abzuhelfen, nimmt man kindliche Arbeitskräfte auf das Land. Ich bin wegen eines ähnlichen Ausspruches ja einmal unter Anklage gestellt und auch verurteilt worden, aber die Tatsache der Kinderausbeutung ist vor Gericht durch Zeugen erhärtet worden. Es gibt Gegenden, wo schon Kinder von 7 bis 8 Jahren auf dem Lande helfen müssen. Redner führt einzelne Fälle von Kinderausbeutung an. Bedauerlich ist es, daß auf dem Lande immer die Geislichen die Waisenträte sind, denen die Aufsicht über die Kinder übertragen wird. Die Ausbeutung wird systematisch betrieben. Die Genossen, die in den Gemeindevertretungen sitzen, müssen vor allem dahin wirken, daß diese Ausbeutung aufhört, daß die Kinder wirklich erzogen und nicht den Pfaffen überliefert werden. (Beifall.)

Kohl-Karlstraße: Ich halte die Annahme der Resolution gleichfalls für nötig. Die Fälle von Kinderausbeutung sind viel zahlreicher, als man glaubt, und die Genossen, die als Krankenkassenkontrolloren oder in ähnlicher Stellung tätig sind, sollten derartige Fälle feststellen und veröffentlichen. (Sehr richtig!)

Singer: Die Resolution enthält ja eigentlich keinen Antrag an den Parteitag, sondern nur eine Aufforderung an die Parteigenossen. Es genügt also wohl, wenn wir der Resolution beitreten und die Genossen auffordern, in ihrem Sinne zu handeln. (Zustimmung.)

Der Parteitag beschließt im Sinne der Anregung von Singer. Die nächste Gruppe von Anträgen besteht aus den Anträgen 29, 32, 33, 39, 40, 44, 74, 86, 95, 97, 98, 99, 101, 111, 175. Hier von werden nur unterst. folgt die Anträge: 88, 89, 98 und 175.

Zu diesem Antrage ist noch ein Amendement eingegangen: statt 2000 M. zu sagen 2400 M.

Die Anträge 88 und 89 begründet

Fraut - Mannheim: Zweifellos haben auch die Leiter der Organisationen ein Recht auf die Parteikorrespondenz. Es würde sich empfehlen, dem Antrage Rechnung zu tragen.

Ebert: Der Parteivorstand beschäftigte sich bereits mit der Frage. Er ist bereit, in Zukunft auch den Leitungen der Ortsvereine die Parteikorrespondenz zuzustellen. Den Antrag 88 dagegen bitte ich abzulehnen. Es ist nicht zweck-

mäßig, die Korrespondenz im Abonnement abzugeben; dann würde die gegnerische Presse über die Korrespondenz herfallen. Diese müßte erwidern und sie würde dadurch einen mehr polemischen Charakter erhalten und sich so allmählich zu einer Zeitung auswachsen. Das wollen wir verhindern.

Die Anträge 88 und 89 werden zurückgezogen.

Zur Begründung des Antrages 98 bemerkt

Ziele-Galle: Die Funktionen des hier verlangten Parteiaussschusses sollen nur administrative sein. Eine gründliche Aussprache ist bei unserer Geschäftslage unentbehrlich. Ich ziehe den Antrag deshalb zurück, zumal da mir zugesichert ist, daß der Parteivorstand, wo es notwendig ist, mit einzelnen Gruppen Konferenzen abhalten will.

Schrader-Dsnabridk befüwortet den Antrag 175. Seit der Festsetzung der Gehälter der Provinzial- und Landesparteisekretäre sind zwei Jahre verlossen. Wir haben nun die Erfahrung gemacht, daß es sehr schwer ist, zu dem jetzigen Gehalt geeignete Personen zu bekommen. Es müssen vielfach Genossen aus besser dotierten Stellungen geholt werden. Diesen muß natürlich das Gehalt bezahlt werden, das sie bis dahin bezogen haben. Jetzt ist das nicht möglich, da der Parteivorstand durch den Bremer Beschluß gebunden ist. Für das Amendement bin ich für meine Person bereit zu stimmen.

Bebel: Ich kann selbstverständlich nicht im Namen des Parteivorstandes reden, da er keine Gelegenheit hatte, sich mit der Frage zu beschäftigen. Ich bitte aber dringend, nicht jetzt schon wieder Änderungen vorzunehmen. Ich gebe gern zu, daß häufig der Fall eintreten kann, daß man für 2000 M. nicht den geeigneten Mann bekommen kann, aber dann muß die Organisation selbst einen entsprechenden Zuschuß geben. (Sehr richtig!) Daß, falls der Gewählte in seiner früheren Stellung ein höheres Gehalt hatte, ihm das gleiche bezahlt wird, halte ich für selbstverständlich und ich bin nicht wenig überrascht gewesen, aus den Ausführungen des Genossen Leinert entnehmen zu müssen, daß man in Hannover anders gehandelt hat. Aber mit Rücksicht darauf, daß wir noch gar nicht wissen können, wie groß die Zahl der Sekretäre werden wird, bitte ich Sie, den Antrag in seinen ersten beiden Teilen anzunehmen, aber den letzten Satz zu streichen. Es wird überhaupt einmal notwendig sein, auf den Gehalt der Gehaltsfrage eine gewisse Ordnung und Regelung zu schaffen. Man hält ein Anfangsgehalt von 2000 M. für zu niedrig. Der Verein Arbeiterpresse fordert aber ein Minimalgehalt von 1800 M. Es geht nicht, daß solche Differenzen vorhanden sind. Der Parteivorstand muß sich einmal mit den verschiedenen Organisationen in Verbindung setzen, um etwas Einheitliches zu schaffen. (Sehr richtig!) Dieselbe Verschiedenartigkeit besteht auch in bezug auf die Zeiträume, innerhalb deren die Gehaltserhöhung eintreten soll. Der Verein Arbeiterpresse fordert eine Erhöhung von zwei zu zwei Jahren. In Berlin haben wir eine Erhöhung von drei zu drei Jahren beschlossen und hier wird alljährlich eine Erhöhung gefordert. Das muß einmal ausgeglichen werden. Der Parteivorstand wird dazu übergehen müssen, eine Gleichheit auf diesem Gebiete herbeizuführen. Nehmen Sie also die ersten Sätze an. Uebertreiben Sie das übrige den Vorstände als Anregung.

Das Amendement wird abgelehnt. Die ersten Sätze des Antrages werden angenommen, der letzte Satz abgelehnt. Noch nicht erledigt ist der Antrag 43, der aber nicht genügend unterstützt wird.

Singer teilt das Wahlergebnis mit. Bei der Wahl des Vorstandes wurden abgegeben 322 Stimmzettel. Davon waren 350 gültig und zwei ungültig. Von den gültigen Stimmen entfielen als Forstigen auf Bebel 350 Stimmen, als Vorsitzenden auf Singer 349 Stimmen, als Kassierer auf Gerlach 350, als Sekretär auf Ebert 344 Stimmen als Sekretär auf Auer

343 Stimmen, als Sekretär auf Wollenbuhr 342 Stimmen, als Sekretär auf Pfannkuch 329 Stimmen, als Sekretär auf Müller 248 Stimmen, als Sekretär auf Bieg 89 Stimmen, als Sekretär auf Mattutat 28 Stimmen, als Sekretär auf Hug 15 Stimmen, als Sekretär auf Keil 1 Stimme. Es sind demnach gewählt: Zu Vorsitzenden: Nebel und Singer, zum Kassierer Gerich, zu Sekretären Kuer, Ebert, Pfannkuch, Wollenbuhr und Müller.

Bei der Wahl der Kontrollkommission wurden 352 Zettel abgegeben. Davon waren 342 gültig und 10 ungültig. Gültige Stimmen wurden abgegeben für: Bod-Gotha 317, Raden-Dresden 316, Zeiss-Stuttgart 294, Ehrhart-Ludwigshafen 278, Bröhne-Frankfurt a. M. 271, Ernst-Berlin 259, Könen-Hamburg 257, Wed-Offenburg 194, Braun-Königsberg 128, Kleemann-Leipzig 118, Ulrich-Offenbach 76, Sachs-Bochum 73, Kühn-Bangenhäuser 68, Meiß-Röhm 51, David-Rainz 49, Schmidt-Berlin 38, Gemehr-Elberfeld 34, Brey-Gannover 30, Hildenbrand-Stuttgart 29, Stolten-Hamburg 29, Herbert-Stettin 27, Köhle-Strasbourg 25, Bömelburg-Hamburg 24, Thiele-Galle 18, Hug-Want 18, Schütz-Dreslau 18, Stubbe-Hamburg 18, Hue-Essen 8, Dittmann-Frankfurt 7, Mattutat 5, Rudolf 1, Scheidemann 1.

Es sind demnach Bod, Raden, Zeiss, Ehrhart, Bröhne, Ernst, Könen, Wed und Braun zu Mitgliedern der Kontrollkommission gewählt worden. Die Kontrollkommission hat die bisherigen Mitglieder des Parteivorstandes Ehrhardt-Charlottenburg und Wengels-Berlin wiedergewählt.

Damit ist die Parteileitung konstituiert. Eingegangen ist ein Begrüßungsschreiben des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins London. Die Gesandte des Parteitages sind erlebte.

Singer: Werte Genossen! Ich bin überzeugt, daß ich im Stimm aller Delegierten spreche, wenn ich zunächst unseren Mannheimer Genossen, die bis zuheren Arrangements für den Parteitag getroffen und während den Verhandlungen schwere anstrengende Arbeit geleistet haben, unseren wärmsten Dank ausspreche. (Beifall.) Die Genossen haben diese Arbeiten in so erfreulicher Weise verrichtet, daß es uns möglich war, in diesem schönen Raume unsere Verhandlungen fortzusetzen. (Lebhafte Beifall.) Vor allem danke ich Dreesebach, der, kaum von schwerer Krankheit genesen, mit Energie und Eifer sich an diesen Arbeiten beteiligt hat, um den Parteitag nach außen hin würdig zu gestalten. (Beifall.) Wir wissen diese Arbeit um so höher zu schätzen, als wir uns ja alle herzlich gefreut haben, als die Nachricht von seiner Genesung an uns gelangt ist. (Erneuter Beifall.) Unsern Dank bringe ich auch dem Meister Reichert und seiner Sängerschaft sowie dem gesamten Komitee für den prächtigen, allen Teilnehmern unübergeßlich bleibenden Empfangabend dar, und auch die Heidelberger Genossen, deren Bemühungen wir den schönen Nachmittag verdanken, sind in diesem Dank einbegriffen. (Lebhafte Beifall.) Ich danke namens des Parteitages, aber auch unserer Kommissionsmitglieder, die mit Umsicht und Fleiß in zeitraubender Arbeit dem Parteitag gute Dienste geleistet hat, obwohl die Genossen dadurch darauf verzichten mußten, einem großen Teile der Verhandlungen beizuwohnen. (Beifall.)

Genossen! Wenn ich, wie stets, einen Rückblick auf unsere Verhandlungen werfe, so möchte ich an der Spitze meiner Bemerkungen der Freude darüber Ausdruck geben, daß wir diesmal einen so zahlreich besuchten Parteitag gehabt haben. Der Mannheimer Parteitag war seit Halle am stärksten besucht. Es waren 409 Teilnehmer und 26 Gäste anwesend. (Dravo!) Wir dürfen zufrieden sein mit den Arbeiten, die in der „roten Woche“ in Mannheim geleistet wurden. Wir haben unsere Verhandlungen erstreckt über eine Reihe der für das Proletariat, für die Arbeiterklasse Deutschlands wichtigsten Fragen. Zum ersten Male hat ein deutscher Parteitag die Fragen der Volkserziehung ausführlich behandelt. Wir haben in den beiden inhaltreichen und formvollendeten Referaten die Forderungen

festlegen hören, welche die Partei für die Volkserziehung aufstellt, und wenn wir auch nicht dazu gekommen sind, im einzelnen diese Forderungen zu diskutieren und zu erledigen, so haben wir doch durch die Einlegung des beantragten Bildungsausschusses bewiesen, daß es uns ernst ist mit der Behandlung dieser Angelegenheit und daß wir entschlossen sind, das, was möglich ist, an finanzieller und moralischer Unterstützung für die Agitation auf diesem Gebiete zu leisten. (Sehr richtig!) Durch diesen Beschluß ist das Arbeitsgebiet der Sozialdemokratie erweitert und vertieft worden. Ich habe die Ueberzeugung, je mehr wir auf diesem Gebiete leisten, je mehr wir die Kinder und die Jugend mit dem großen heiligen Gedanken des Sozialismus erfüllen, desto mehr dienen wir unserer Sache, und desto eher wird der Tag kommen, an dem die Stunde der Befreiung für das Proletariat schlägt. (Lebhafte Beifall.)

Wir haben die Frage der Stellung der Sozialdemokratie zu Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug erörtert. Die Annahme der Trefen unseres Referenten bedeutet, daß wir mit den von ihm vorgetragenen Grundfragen durchaus einverstanden sind.

Wenn es eine Partei gibt, die es notwendig hat, endlich einmal auf diesem Gebiete der Kultur eine Stätte zu weihen, zunächst einmal durch ihre Forderungen, dann ist es die Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Die bürgerliche Gesellschaft kann mit den Strafgesetzen, die sie sich geschaffen hat, zufrieden sein. Sie wird davon nur insoweit betroffen, als es sich in der Tat um wirkliche Vergehen und Verbrechen handelt. Wir aber, die Sozialdemokratie, die Arbeiterklasse, wir stehen unter dem Schwert einer Justizgesetzgebung, welche danach strebt, sich in den Dienst der herrschenden Gewalten, in den Dienst der Reaktion zu stellen. Unter Vermittelung der Justiz, bemüht, uns zu bekämpfen und zu vernichten, während doch die Justiz dazu dienen sollte, allen Bürgern Schutz zu gewähren, ist die bürgerliche Gesellschaft bestrebt, der Sozialdemokratie ihre Betätigung, den Kampf für Recht und Freiheit, zu erschweren, wenn nicht unmöglich zu machen. (Lebhafte Zustimmung.)

Vor allem aber — und ich bin überzeugt, das dürfte die Empfindung des ganzen Parteitages sein — waren die Verhandlungen über den Massenstreik und über das, was sich daran knüpfte, von der aller höchsten Bedeutung. (Sehr wahr!) Ich kann mit Freude und Stolz konstatieren, daß ein revolutionärer Geist durch alle diese Ausführungen geweckt hat und der Drang nach Einigkeit, die Ueberzeugung, daß die Arbeiterklasse in allen ihren Organisationen gemeinsam vorgehen mußte, daß keine Meinungsverschiedenheiten über die eigentlichen Forderungen bestehen dürfen, diese einmütige und eindringliche Betonung sollte, wie ich glaube, den Gegnern zum Bewußtsein gebracht haben, daß Partei und Gewerkschaft zu einander stehen, daß sie sich nicht auseinanderbringen lassen, nicht von außen, aber auch nicht von innen. (Lebhafte und stürmischer Beifall.) Das mögen die Anarchosozialisten sich merken. (Sehr gut!) Die Wünsche der Gegner in bezug auf den Mannheimer Parteitag sind getrübt worden, die Hoffnungen der Genossen, die in der Gemeinschaftlichkeit aller Gruppen der Arbeiterbewegung den Erfolg verblüht sehen, sind erfüllt. (Lebhafte Beifall.)

Parteilgenossen, wie der Rhein und der Neckar in den großen mächtigen Strom, den Rhein, fließen, so sind auch Partei und Gewerkschaft Arme des einen großen Stromes, in dem sie sich zusammenfinden, Arme der proletarischen Arbeiterbewegung. (Sehr richtig!) So wie die beiden Flüsse zusammen kommen und schließlich zu einem einzigen mächtigen Strom werden, so kommen auch die Gewerkschaften und die politische Partei stets zusammen, wo es sich um die Interessen der Arbeiterklasse, um die Interessen des Proletariats handelt. Wir können über einzelne Fragen verschiedener Meinung sein, wir können in einzelnen Fragen noch so lebhaft uns bekämpfen, aber in